

## Denunziation als Rezension

### H-Soz-u-Kult setzt Cyber-Mobbing fort

Jochen Stadt

Es war zu erwarten, daß Fortsetzungen folgen würden. Die von der Internetplattform H-Soz-u-Kult verbreitete Denunziation der Autoren des Buches *Feind-Bild Springer* hat dort Maßstäbe gesetzt. Rezensionshalber ins Netz gesetzte Falschbehauptungen dienen dem am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und an der Humboldt Universität verorteten Betreiberklüngel dieses ganz speziellen Historikernetzwerks als Methode zur Herabsetzung von Geschichtsdarstellungen, die ihrer linksorientierten Weltsicht widersprechen.<sup>1</sup> Ausgerechnet die umstrittene Mauck-Kammer des Berliner Landgerichts hatte darüber zu entscheiden, ob die von H-Soz-u-Kult verbreitete Denunziation, in der Untersuchung des Forschungsverbundes SED-Staat über die MfS-Tätigkeit gegen den Axel Springer Verlag würde einem "Völkermord-Apologeten verminderte Schuld zugestanden" und dieser Nationalsozialist "sprachlich zum Opfer stilisiert", die Grenze des rechtlich Zulässigen überschreitet.

#### *Zweierlei Persönlichkeitsrecht: MfS-Spitzel geschützt– Verleumdung erlaubt*

Die Mauck-Kammer am Berliner Landgericht hat sich mehrfach schützend vor Personen gestellt, die zu DDR-Zeiten mit dem Staatssicherheitsdienst inoffiziell zusammen gearbeitet haben. Es war diese Kammer, die unter anderem untersagen wollte, daß über die Vergangenheit von Stuntman Heiko Kiesow alias IMS "Wilfried" berichtet wird. Der Mann, den die Schauspielerin Iris Berben seit 2008 bei allen möglichen Gelegenheiten an ihrer Seite führt und öffentlich präsentiert, hatte zu DDR-Zeiten bei der Volkspolizei in Potsdam gedient und dem MfS Informationen über Kameraden geliefert. Richter Mauck entschied, über die Stasi-Vergangenheit Kiesows müsse geschwiegen werden. Das Berliner Kammergericht kassierte das Urteil und befand, daß ein Mann, der sich derart in der Öffentlichkeit zeigt, es auch hinnehmen müsse, öffentlich mit seiner eigenen, wenig rühmlichen Vergangenheit konfrontiert zu werden. Denn es muß schon gesagt werden dürfen, wer der Mann auf den Fotos neben der spätberufenen Kämpferin gegen das NS-Unrecht Iris Berben ist, einer nämlich der im SED-Staat am Spitzelwesen zu Nutzen des Unrechtsstaates beteiligt war, ein kleines Rädchen im totalitären Überwachungssystem.

Die Mauck-Kammer aber, die der Meinung war, ein kleiner Stasi-Spitzel, der sein Pfauenrad heute in aller illustrierten Öffentlichkeit spreizt, dürfe in den Medien nicht an seine prachtvolle Vergangenheit erinnert werden. Die geschichtsvergessene Kammer des Landgerichts hielt es aber für zulässig, wenn eine gegenstandslose Denunziation via Rezension im Internetauftritt von H-Soz-u-Kult meinungsfreiheitsmäßig verbreitet wird. Die Verleumdung von Autoren, die sich – allerdings nicht mit dem vorherrschenden linken Vorurteilsvermögen – kritisch mit der Beschäftigung ehemaliger Nazis im Springer-Verlag befaßt haben, ist indes nach Auffassung der einäugigen Richter statthaft.<sup>2</sup>

1 In der Ausgabe 29/2011 dieser Zeitschrift findet sich dazu eine Darstellung des Standes der Auseinandersetzung. Siehe "Retourkutsche Nazi-Keule, ZdF 29/2011, S. 159 ff.

2 Die gerne von ehemaligen Kooperationspartnern der SED-Diktatur aufgesuchten Aufklärungsverhinderungsgerichte in Berlin (Vorsitzender Mauck) und Hamburg (Vorsitzender Buske) haben sich durch ihre einschlägige

Doch das äußerungsrechtliche Verfahren vor der Mauck-Kammer hatte auch sein Gutes. Mit eigenen Stellungnahmen traten dort nämlich die institutionell verantwortlichen Geschichtsdeuter auf den Plan, die hinter dem H-Soz-u-Kult-Laden stecken. Von der zuständigen Rechtsanwältin wurden sie im Schriftsatz vorgestellt “als der wohl renommierteste deutsche NS-Forscher” – gemeint ist Michael Wildt von der Humboldt Universität – und einer, “der zu den bekanntesten deutschen Zeithistorikern” zähle, “ein Spezialist für Geschichts- und Erinnerungspolitik” – gemeint ist Martin Sabrow vom Potsdamer ZZF. Wildt und Sabrow bekundeten und bezeugten in ihren Stellungnahmen die Wissenschaftlichkeit der umstrittenen Rezension. Wildt behauptete, die Rezension sei ein Beitrag zum wissenschaftlichen Diskurs, sie habe “die Validität des historischen Quellenmaterials und die methodische Angemessenheit seiner Auswertung zu prüfen” und dies auch getan. Er erklärte weiter, das von ihm mit verantwortete “Kommunikationsnetzwerk H-Soz-u-Kult” wolle “als wissenschaftliche Institution gelten”, weswegen es stets auf “Diskussionskultur achten und die Pluralität der Stimmen schützen” müsse. Martin Sabrow erging sich weitgehend in dem für ihn inzwischen schon charakteristischen wolkigen Geschwätz.<sup>3</sup> Er bescheinigte der von ihm betreuten Internetplattform H-Soz-u-Kult “inhaltliche Qualität” und einen Beitrag zur “Weltgeltung der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft”. Zur umstrittenen Rezension wagte er sich sogar weiter vor als Wildt, indem er sie als “eine gut nachvollziehbare Gesamteinschätzung” des Springer-Buches lobte.

Offenbar haben aber weder Wildt noch Sabrow das Buch und die in ihrem Klüngelnetz darüber veröffentlichte Rezension gelesen. Einmal abgesehen von der rezensionshalber vorgebrachten Denunziation, die Autoren hätten einem Völkermordapologeten verminderte Schuld zugestanden, enthält das Stück eine Fülle von weiteren schlichten Falschbehauptungen und gegenstandslosen Erwägungen jenseits der behandelten Thematik. Das hätte eigentlich sogar flüchtig lesenden Zeithistorikern und Spezialisten für Erinnerungspolitik auffallen können. Verdeutlicht sei die Schlamperei hier nur an einer Passage der Rezension, in der gleich mehrere Falschbehauptungen über das Buch ins H-Soz-u-Kult-Netz gesetzt wurden. Die Rezensentin schreibt: “Stichworte wie Vietnam, Algerien, Iran, Spanien, die Apartheid in Südafrika und die Bürgerrechtsbewegung in den USA sucht man vergeblich.” Alle diese Behauptungen sind falsch.

Tatsächlich kommt der Iran im Buch gleich mehrfach vor, zum einen im Kontext der Demonstration gegen den Schah von Persien im Kapitel “Acht Tage im Juni 1967”<sup>4</sup> auf S. 107 ff. –wie sollte über Ohnesorg und Kurras geschrieben werden, ohne den Anlaß der Demonstration zu erwähnen. Einige Seiten später wird des Weiteren ausführlich die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz über die “Demonstrationen während des Schah-Besuchs” zitiert.<sup>5</sup> Schließlich enthält das Buch sogar noch einen eigenen Abschnitt mit der Überschrift “Aktienpakete für den Schah – Keine Desinformation der Stasi”. Dort wird der für 1978 geplante DDR-Besuch des Schahs behandelt sowie die Besetzung der iranischen Botschaft in Ost-Berlin durch die dagegen protestierenden persischen Studenten aus West-Berlin. Der Schah-Besuch

---

Rechtsprechung mit einiger Konsequenz erfolgreich in die lange Reihe deutscher Mitläufer- und Mittäterentlastungsinstanzen eingereiht. Vgl. die vielen interessanten Sitzungsrezensionen zum Thema unter: <http://www.buskeismus.de/>.

3 Vgl. hierzu aktuell Kaube, Jürgen: Ist Zeitgeschichte möglich?. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6. Juni 2012, S. N3.

4 Vgl. Stadt, Jochen/Voigt, Tobias/Wolle, Stefan: Feindbild Springer. Ein Verlag und seine Gegner. Göttingen 2009, S. 107 ff.

5 Vgl. Stadt/Voigt/Wolle: Feindbild Springer, S. 121.

in der DDR kam bekanntlich wegen der “iranischen Revolution” und der Vertreibung des Schahs aus dem Iran nicht mehr zustande.<sup>6</sup>

Auch zu Vietnam finden sich im Kontext der Darstellung des studentischen Protests mehrere Hinweise im Buch. Zum Beispiel der folgende: “Der SDS delegierte im Herbst 1967 die Durchführung seiner ‚Springer-Kampagne‘ an eine kleine Aktivisten-Gruppe, die in West-Berlin ein ‚Springer-Tribunal‘ vorbereiten sollte. Die Idee für ein solches Tribunal wurde durch das in Vorbereitung befindliche ‚Vietnam-Tribunal‘ der Bertrand Russell Peace Foundation angeregt, das unter Beteiligung namhafter Intellektueller aus aller Welt vom 2. bis 10. Oktober 1967 in Stockholm und vom 20. November bis 1. Dezember 1967 in Roskilde stattfand und am Ende die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten wegen Kriegsverbrechen in Vietnam verurteilte.” (S. 130) Auch in der Darstellung der Bundesdelegiertenkonferenz des SDS vom September 1967 wird natürlich die Vietnamkampagne des SDS erwähnt, ebenso in der bereits erwähnten Verfassungsschutzanalyse. Dort heißt es übrigens auch: “Der Einfluß der Dutschke-Fraktion lasse sich an den Beschlüssen und Resolutionen ablesen, die zur Unterstützung der Guerillabewegungen in Lateinamerika, zur Aufnahme von Verbindungen zur Black-Power-Bewegung (und zur SNCC), zur Unterstützung des Vietcong und zum Kampf gegen den Springer-Konzern gefaßt wurden.” Vielleicht wissen die Rezensentin und ihre Sekundanten nicht, daß SNCC für Student Nonviolent Coordination Committee steht, den Nukleus der studentischen Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten.

Auch das von der Rezensentin vermißte Stichwort Algerien kommt im Buch vor. Und zwar: “Bereits am 2. Oktober 1962 wurde dem Verband der Deutschen Journalisten (VDJ) eine Konzeption des MfS für eine Anti-Springer-Broschüre übersandt. Sie sollte den Titel tragen: ‚Cäsar der OAS-Journaille‘. Zur Erklärung sei eingefügt, daß die französische Terrororganisation ‚Organisation Armée Secrète‘ (OAS), die damals mit Bombenanschlägen und Attentaten die Loslösung Algeriens von Frankreich zu verhindern versuchte, im damaligen Sprachgebrauch für alles Schlechte in der Welt herhalten mußte.”<sup>7</sup> An anderer Stelle des Buches schließlich ist von “Springers Kontakten nach Griechenland, Südafrika und Israel” die Rede.<sup>8</sup> Soweit zu der Behauptung, es finde sich nichts zu den Stichworten Vietnam usw. Die angeführten Belegstellen zeigen aber auch, daß es mit der wissenschaftlichen Verantwortung der für H-Soz-u-Kult Verantwortlichen nicht weit her sein kann, wenn dort solche Falschbehauptungen als Beiträge zum “wissenschaftlichen Diskurs” durchgehen oder gar als beachtlicher Beitrag zur “Weltgeltung der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft” bezeichnet werden.

Natürlich können in einem Buch zum Springer-Verlag und seinen Gegnern nicht detailliert die Ursprünge der Neuen Linken dargestellt werden. Damit befaßte sich der Autor dieses Textes in mehreren Büchern und Dokumentationen die seit 1978 erschienen sind. Auf eines davon – dem 1999 erschienen Band über *Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) nach der Trennung von der SPD* wird freilich auch im Springer-Buch verwiesen.<sup>9</sup>

So viel an diesem Beispiel zur “Diskussionskultur” und zum “wissenschaftlichen Diskurs” à la Wildt und Sabrow. Nun könnte man ja meinen, es handele sich hier um ei-

6 Ebd., S. 194 ff.

7 Ebd., S. 58.

8 Ebd., S. 220.

9 Vgl. Lönnendonker, Siegwand/Rabehl, Bernd/Staadt, Jochen: *Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD*, Bd. 1: 1960–1967. Wiesbaden 2002.

nen Ausrutscher des zuständigen Sitzredakteurs Rüdiger Hohls, der die revanchelüsteren Absichten der Rezensentin nicht erkannte und bei den Stellungnahmen der Geschichtsdeuter Wildt und Sabrow um die üblichen Flüchtigkeitsfehler von ausgelasteten Überfliegern des Diskursaufkommens. Das aber ist, wie eine jüngst bei H-Soz-u-Kult erschienene Rezension zeigt, nicht der Fall – zumindest dann nicht, wenn es um die Kritik von anders als der gemeine Mainstream denkenden und schreibenden Historikern geht.

*H-Soz-Okkult: “One of the leading figures within the KPD” – “führte aber die KPD zu keinem Zeitpunkt”.*

Im Mai 2012 rezensierte der ZZF-Wissenschaftler Mario Keßler das von Stéphane Courtois herausgegebene *Handbuch des Kommunismus*, zu dessen deutscher Ausgabe Klaus Schroeder und der Autor dieses Textes ein einleitendes Essay beigesteuert haben. Etwas anderes als ein Verriß konnte dabei selbstredend nicht herauskommen. Aber wie schon bei der Rezension des Springer-Buches gelingt auch dieser Verriß nur unter Einbeziehung falscher Vorzeichen. Dies sei, ohne auf Keßlers relativistische Kritik an den französischen Beiträgen des Handbuchs einzugehen, an seiner Einlassung über unseren Beitrag belegt.

Keßler schreibt: “Der für die deutsche Ausgabe angefügte, fast sechzigseitige Essay von Klaus Schroeder und Jochen Stadt zum ‚Kommunismus in Deutschland‘ bedarf jedoch eines kurzen Kommentars. Dass die Autoren den Kommunismus insgesamt als stets gewaltbereite extremistische Bewegung mit nur pseudodemokratischem und pseudohumanistischem Anstrich sehen, verwundert denjenigen Leser nicht, der ihre zahlreichen sonstigen Abhandlungen kennt. Verwundern muss hingegen der saloppe Umgang mit den Fakten, wenn diese einem solchen Bild entgegenstehen. Es genügt, nur den Unterabschnitt zur Weimarer Republik herauszugreifen: So schreiben Stadt und Schroeder, entgegen den Fakten, vom Streben nach einer “Rätediktatur” – statt der Rätedemokratie (S. 93). Die Kommunisten hätten stets in “dumpfer Ablehnung” der Weimarer Verfassung verharrt (S. 99). Eine solche Behauptung stimmt aber nur, wenn man die Arbeiterregierungen im Jahre 1923, die vom realpolitischen Flügel der KPD mitgetragen wurden, ebenso verschweigt wie die zahlreichen Aufrufe zur Verteidigung der Republik von KPD-Opposition, Leninbund und Linker Opposition spätestens ab 1930. Beide Tatsachen kommen konsequenterweise im Beitrag nicht vor. Hingegen wird in der unvollständigen Aufzählung der KPD-Führer für die Jahre 1923 bis 1925 Alfred Rosenberg genannt (S. 101). Dieser war in dieser Zeit Herausgeber des NSDAP-Kampfblattes “Völkischer Beobachter”. Gemeint ist wohl der Historiker Arthur Rosenberg. Er wurde 1924 (nicht 1923) in die Parteizentrale gewählt, führte aber die KPD zu keinem Zeitpunkt.”<sup>10</sup>

Die Verwechslung der beiden Rosenberg-Vornamen ist ein bedauerlicher Fehler. So weit, so schlecht. Aber ansonsten haut Keßler kräftig aufs Wasser. Angesichts der programmatischen Orientierung der KPD dieser Partei ein Streben nach “Rätedemokratie” nachzusagen, ist schon starker Tobak. Als ehemaliger Historiker der DDR-Akademie der Wissenschaften dürfte Keßler eigentlich wissen, was Lenin unter Sowjetmacht verstand, “das Rätesystem, d.h. die Diktatur des Proletariats” nämlich.<sup>11</sup> Aber auch bei

<sup>10</sup> Siehe: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=15393>.

<sup>11</sup> So Lenin in seinen “Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats” auf dem I. Kongreß der Kommunistischen Internationale am 4. März 1919. Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 28. Ber-

Rosa Luxemburg, der Keßler ehrenamtlich mehr gewogen sein wird, findet sich in aller Klarheit, welche Art "Rätedemokratie" die KPD anstrebte. In ihrem programmatischen Text, "Was will der Spartakusbund?", der mit unwesentlichen Änderungen als Programm der KPD verabschiedet wurde, heißt es: "Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmassen mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie." Zur Durchsetzung der proletarischen Diktatur forderte sie die "Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz" und "die Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz zum ständigen Schutz der Revolution". Unter den sofort zu ergreifenden Maßnahmen der siegreichen Revolutionäre stand nach der Auflösung der Länder die "Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktion durch A. u. S.-Räte deren Ausschüsse und Organe".<sup>12</sup> So viel zur "Rätedemokratie".

Der Hinweis, die im Buch enthaltene Aufzählung der KPD-Führer zwischen 1923 und 1925 sei unvollständig, entspricht nun ganz der H-Soz-u-Kult-Methode, Behauptungen aufzustellen, die ein Leser nicht überprüfen kann, ohne das Werk zur Hand zu nehmen. Vollständigkeit im Sinne der Aufzählung der gesamten repräsentativen Parteizentrale wurde an der kritisierten Stelle des Kommunismus-Handbuchs gar nicht beansprucht. Genannt werden dort die Spitzenleute, nicht aber sämtliche gewählten repräsentativen Führungspersönlichkeiten der Zentrale. Die von Keßler kritisierte Passage lautet: "Auf Levi folgten KPD-Führungen unter Heinrich Brandler, August Thalheimer und Jacob Walcher (1921 bis 1923), Arkadij Maslow, Ruth Fischer, Werner Scholem und Alfred Rosenberg (1923 bis 1925) und von 1925 bis 1933 Ernst Thälmann." Arthur Rosenberg gehörte entgegen der Behauptung Keßlers nicht nur zur engeren KPD-Führung, dem "Polbüro" des KPD-Zentralausschusses, sondern wurde 1924 auch in das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) gewählt, dem sogenannten organisatorischen Zentrum der kommunistischen Weltbewegung. Keßlers Behauptung, Rosenberg "führte aber die KPD zu keinem Zeitpunkt", widerspricht ein von ihm selbst verfaßter Text, der im *Journal of the Research Group on Socialism and Democracy online* erschienen ist. Dort schreibt er: "After the takeover of the party by the left opposition, Rosenberg became one of the leading figures within the KPD. In 1924, he was elected to the party directorate of the district of Berlin-Brandenburg, where one of the largest sections of the party was based. In the same year, he became a member of the Central Committee at the party conference held in Frankfurt (Main). In May 1924, he became a deputy of the Reichstag, the German parliament, which he remained until the election of 1928. In July 1924, at the fifth congress of the Communist International (Comintern), Rosenberg was elected a deputy member of its Executive Committee

---

lin 1959, S. 481. Vgl. auch August Thalheimers 1924 verfaßte Darlegungen zum Gedanken der Rätediktatur: "Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution." Leicht nachzulesen unter: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1924/handhabung/2-entwicklung.htm>.

<sup>12</sup> Luxemburg, Rosa: Was will der Spartakusbund?, erschienen in der Roten Fahne v. 14. Dezember 1918, Gesammelte Werke, Bd. 4. Ost-Berlin 1974, S. 447 f.

(ECCI) and of its presidium.”<sup>13</sup> Soso, “one of the leading figures” – “führte aber die Partei zu keinem Zeitpunkt”. Sogar zu DDR-Zeiten wurde die führende Rolle Rosenbergs in der alten KPD nicht verschwiegen, sondern ausführlich, wenn auch negativ, bewertet.<sup>14</sup>

Zur weiteren Erhellung der kommunistischen “Realpolitik” lohnt ein Blick in die Reichstagsprotokolle, die real festhielten, was Arthur Rosenberg dort 1924 zu sagen hatte. Dabei fand er in seiner “dumpfen Ablehnung” der Weimarer Republik und für seine Verbalattacken auf das “jüdische Großkapital” sogar wiederholt den Beifall der Nationalsozialisten. So als Rosenberg sich im Reichstag am 24. Juli 1924 darüber mochte, “daß ein amerikanischer Großbankier Strauß von der Firma Schiff eine Reise durch Bayern machte, dort wie ein Fürst aufgenommen wurde, die maßgebenden Würdenträger Bayerns zu sich lud und Projekte entwickelte, wie die Firma Schiff und sonstige amerikanische Großbanken die bayerischen Schifffahrtswege ausgestalten würden”. Er habe nicht feststellen können, “daß die Kahr-Partei etwas dagegen getan hat” und auch die “Herren von der Bayerischen Volkspartei” täten gar nichts. “Die bayerische Regierung – Volkspartei plus Mittelpartei –, die stets ihre patriotischen Phrasen hinausschmettert, ist sehr froh, wenn sich das amerikanische jüdische Großkapital in Bayern einnistet. Ich hoffe, daß wenigstens die Herren Völkischen in Bayern gegen dieses Treiben Opposition machen werden. (Zustimmung bei den Nationalsozialisten.) Meine Herren Völkischen, man muß ja sagen, daß Sie in manchen Dingen einen ganz guten Willen haben. Aber was Sie tun, ist alles halb, Ihnen fehlen die richtigen Taten auch gegen das jüdische Kapital. Wenn es ernsthaft den Kapitalisten an den Leib geht, kann man nicht finden, daß die Herren Völkischen wirklich energisch vorgehen. Es kommen dann immer Schwankungen. Auch besteht gar nicht die Möglichkeit, das jüdische und das christliche Großkapital voneinander zu scheiden.”<sup>15</sup> Genau wie die Nationalsozialisten lehnten die KPD-Abgeordneten im Reichstag vehement den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund ab. Rosenberg selbst hielt dazu eine programmatische Rede, in der er mehrfach Regierungsmitglieder als “Erfüllungspolitiker” beschimpfte. Am Ende seiner oben zitierten Rede vom 24. Juli 1924 verhöhnte Rosenberg die sozialdemokratische und bürgerliche Politik, der er die Opferbereitschaft von Kommunisten und Völkischen mit folgenden Worten entgegensetzte: “Welche Partei gibt es in Deutschland, wo die Anhänger für die Partei ins Zuchthaus und in den Tod gehen? Das ist eine Tatsache. Das gilt zum Beispiel von der völkischen Bewegung – das gebe ich zu –, selbst von ihren irregeleiteten Attentätern, und es ist eine Tatsache vor allem bei der Kommunistischen Partei. Aber meine Herren, wer würde wohl einem deutschen Einwohner zumuten können, für die Deutsche Volkspartei zu sterben (stürmische Heiterkeit) oder für die SPD zu sterben! (Anhaltende große Heiterkeit.) Meine Herren, die Stärke einer Partei hängt davon ab – ganz unpathetisch als Tatsache –, ob sie in der Lage ist, Märtyrer zu schaffen; und da muss man sagen, was sind wir schon verfolgt worden! Wie viele Kommunisten haben ihr Leben gelassen! Wie viele sind in letzter Zeit ins Zuchthaus geschickt worden! Und sie sind alle ins Zuchthaus gegangen

---

13 Vgl. Arthur Rosenberg (1889–1943): *History and Politics Between Berlin and New York*, Author: Mario Kessler. <http://sdonline.org/30/arthur-rosenberg-1889-1943-history-and-politics-between-berlin-and-new-york/>.

14 Vgl. Autorenkollektiv Walter Ulbricht et al.: *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4. Berlin 1966, S. 30, 49, 76, 84, 91 u. 99.

15 Vgl. *Verhandlungen des Reichstags, II. Wahlperiode 1924, stenographische Berichte*, 18. Sitzung, Freitag den 24. Juli 1924. Berlin 1924, S. 685, bzw. für H-Soz-u.-Kult-Internet-Nutzer: [http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2\\_w2\\_bsb00000065\\_00695.html](http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w2_bsb00000065_00695.html).

mit dem Ruf: Es lebe die Partei und die Weltrevolution! Meine Herren, eine Partei, die solche Widerstandskraft hat und die solche Opfer bringt, ist unbesiegbar. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Und dieser Geist, der in unserer Mitgliedschaft herrscht, trotz aller Verfolgung, gibt uns die feste Zuversicht, dass wir die Verfolgungen überstehen werden und genauso siegen werden wie unsere russischen Brüder. (Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.) Das ist die Konsequenz, die wir aus der heutigen lächerlichen Debatte zu ziehen haben, die ernsthafte Konsequenz, daß der kommunistische Weg der einzig richtige ist, daß der Kommunismus den Sieg in Deutschland erringen wird.“ (Stürmische Bravorufe und Händeklatschen bei den Kommunisten.)<sup>16</sup>

Wenn man, wie Keßler, den Oberschlaunen mimt, sollten die eigenen historischen Einlassungen eigentlich über jeden Zweifel erhaben sein; das um so mehr, wenn damit den kritisierten Autoren exemplarisch Unkenntnis unterstellt wird. Doch da setzt der Potsdamer Abkanzler, wie schon gezeigt, ganz eigene Maßstäbe. Alfred Rosenberg war entgegen der Behauptung Keßlers nicht Herausgeber des *Völkischen Beobachters* sondern dessen Schriftleiter (Chefredakteur). Das Blatt befand sich zum erwähnten Zeitpunkt im Besitz des Verlags Franz Ehler Nachf., dessen Anteile zu 100 Prozent der Nazi-Partei gehörten, faktischer Herausgeber war Adolf Hitler. Alfred Rosenberg wurde nach dem Tod Dietrich Eckarts 1923 Hauptschriftleiter des Blattes, Verlagsleiter und formeller Herausgeber war Hitlers Vertrauter Max Amann.<sup>17</sup> Wenn es um Nazis geht, muß man es als Mitglied der Historischen Kommission der Linkspartei wohl nicht so genau nehmen<sup>18</sup> wie mit der eigenen totalitären Geschichte, in die Keßler einen “realpolitischer Flügel der KPD” hinein fabuliert, der “Arbeiterregierungen im Jahr 1923” mitgetragen haben soll – just in jenem Jahr, als die KPD den bewaffneten Aufstand gegen die Weimarer Republik, den “deutschen Oktober”, militärisch vorbereitete.<sup>19</sup> Schon bemerkenswert, was ein Linkspartei- und ZZF-Historiker da als “Realpolitik” verkaufen möchte. Nebenbei bemerkt weist Keßler auf seiner ZZF-Homepage zwar seine Mitgliedschaft in der Leibnitz-Sozietät und allen möglichen anderen *Historiker-must-be-in-Vereinen* aus, nicht jedoch seine parteipolitische *Historiker-braintrust-Funktion*. Auch der Betreuer der Keßler-Rezension bei H-Soz-u-Kult, Michael Lemke, wie Keßler ebenfalls aus der DDR-Akademie der Wissenschaften vom ZZF in die linke post-DDR-Wissenschaftsgemeinde übergeleitet, verschweigt in seinen eigenen Literaturlisten beharrlich den Titel seiner Dissertation B, der da lautete: “Das Wesen und die politisch-ideologische Funktion der Jungen Union (JU) und des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) als Kaderorganisationen des CDU/CSU-Blocks bei der Realisierung einer konservativen Variante bundesdeutscher imperialistischer Politik (1960/61–1978) – Darstellung und kritische Analyse.”<sup>20</sup> Erst-

---

16 Ebd.

17 Vgl. Historisches Lexikon Bayerns, hrsg. von der Bayerischen Staatsbibliothek in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Landeshistoriker an den bayerischen Universitäten und der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften: [http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel\\_44345](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44345).

18 Die Liste der Mitglieder des illustren Gremiums der Linkspartei findet sich unter: <http://www.die-linke.de/partei/weiterstrukturen/berufenegremien/historischekommission/mitglieder/?PHPSESSID=7619f3144184bc86aee9e5b377111944>.

19 Vgl. Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Leonid G. Babicenko, Friedrich I. Fisov und Aleksandr Ju. Vatlin. Berlin 2003.

20 Lemke, Michael: Das Wesen der Jungen Union usw. Greifswald 1981. Versehen mit dem Vermerk “Nur für den Dienstgebrauch”. Darin wurde der Jungen Union auf S. 115 u.a. vorgeworfen: “Besonders geharnischt

gutachter dieser Arbeit war ein DDR-Historiker von "Weltgeltung" namens Hubert Mohr.

Lemke und Keßler versuchten, diesen maßgebenden SED-Propagandisten gegen die katholische Kirche alias IM "Rottek" des MfS über eine lange nachrevolutionäre Zeit zum lauterem Historiker zu stilisieren. Lemkes Beitrag zur Ehrenrettung Mohrs erschien 2005 in dieser Zeitschrift.<sup>21</sup> Keßler verantwortete bis 2005 Mohrs schöngefärbten biographischen Eintrag auf den Internetseiten der Potsdamer Universität.<sup>22</sup> Wahrscheinlich herrschte dort "Platzmangel" für historisch konkretere Aussagen über den SED-Ideologen und MfS-Experten Hubert Mohr. Denn H-Soz-u-Kult-Begrenztheit hindert Keßler angeblich auch "weitere Beanstandungen an dem umfangreichen" Curtois-Band über die Verbrechen des Kommunismus "anzuführen". Das verbiete "schlicht der Platzmangel", meint er dort treuherzig. Dabei kann H-Soz-u-Kult doch ansonsten gar nicht genug Platz finden, um gegen solche antikommunistischen "Machwerke" anzuschreiben. Lemke würde seinem Gesinnungsgenossen Keßler bestimmt noch eine Seite im Internet freigeräumt haben, wenn der Kritiker denn geliefert hätte. Aber der meinte wohl, mit dem Nachweis einer Vornamensverwechslung sei alles klar. "Ist Unseriösität [sic] im Umgang mit den Fakten oder schlichtes Nichtwissen die Ursache für derartige Fehler und Falschaussagen", fragt er scheinheilig. "Hat im Verlag überhaupt jemand das Manuskript sorgfältig gelesen, geschweige denn lektoriert? Dem selbst gestellten Anspruch eines verlässlichen Handbuches wird die Publikation kaum gerecht." Soso apropos Lektorat: Wie ist das denn mit der "Unseriösität" bei H-Soz-u-Kult?

Aber nicht nur der Anspruch an das Lektorat, auch Keßlers sonstige Kritik entspricht dem selbst hoch geschraubten Anspruch nicht. Doch wie sollte der Mann, der der SED "Toleranz" bescheinigt<sup>23</sup> und in der Historischen Kommission der Linkspartei die parteimäßige Geschichtschreibung anregt, auch anders können. Keßlers Hinweis auf "die zahlreichen Aufrufe zur Verteidigung der Republik von KPD-Opposition, Leninbund und Linker Opposition spätestens ab 1930", soll suggerieren, im Handbuch seien dergleichen wesentliche Meinungsänderungen von Kommunisten verschwiegen worden, um auf den totalitären Charakter der kommunistischen Bewegung abzuheben. Doch wie stand es um die am Rande der kommunistischen Großorganisation KPD agierenden Sekten? Der Leninbund, eine Gründung von ehemaligen KPD-Funktionären, die sich links von der KPD einordneten und ihr sogar Reformismus vorwarfen, dieser Leninbund soll also "spätestens ab 1930" zur Verteidigung der Republik aufgerufen haben. Tatsächlich rief der Leninbund noch 1930 zur Errichtung der Diktatur des Proletariats auf. In der Zeitschrift *Gegen den Strom* erschien im Juni 1930 unter der Überschrift "Der Lenin-Bund und die Zusammenarbeit der oppositionellen Kommunisten" eine Grundsatzklärung des Leninbundes, in der es hieß: "Die Kommunisten müssen eine breite proletarische Kampffront gegen den Unternehmerangriff organisieren. Bei der jetzt herrschenden starken reformistischen, pazifistischen Stimmung ist das nur möglich für scheinbar reformistische Forderungen, bei deren Erkämpfung die Arbeiter an die Grenze der Demokratie, des Reformismus, des bürgerlichen Staates stoßen und da-

---

und kaum zu überbieten waren die Lügen über das Ministerium für Staatssicherheit, ein spezieller Dorn im Auge des bundesdeutschen Imperialismus."

21 Vgl. Lemke, Michael: Ein verständnisvoller und immens toleranter Lehrer. ZdF Nr. 18/2005, S. 166 ff.

22 Die Seite wurde nach einem Protestschreiben des Direktors der Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe 2005 vom Netz genommen, nachdem in dieser Zeitschrift über Mohrs MfS-Tätigkeit berichtet wurde.

23 Vgl. Keßler, Mario: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967. Berlin 1995.

bei die Notwendigkeit des Klassenkampfes und der Revolution erkennen müssen.” Nach der Auflistung einer ganzen Reihe solcher “reformistischen Forderungen” vom “Kampf um den 7-Stunden-Tag” bis zur “entschädigungslosen Enteignung bei Betriebsstillegungen” folgt als programmatische Perspektive: “Die Inangriffnahme dieser Aufgaben ist in der jetzigen Situation der Kampf für die Revolution, für die Diktatur des Proletariats. Es versteht sich, daß bei dem Kampf um diese Ausgangslösungen die Propagierung der Endlösungen nicht zurückstehen darf.”<sup>24</sup> Selbst im Aufruf des Leninbundes zur Einheitsfront aller Arbeiterparteien vom Februar 1933 ist mit keinem Wort von der “Verteidigung der Republik” die Rede, sondern lediglich vom “gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus”.

Auch die Kommunistische Partei-Opposition (KPO) – sie hatte etwa 4 000 Mitglieder – rief nicht spätestens ab 1930 zur Verteidigung der Republik auf. Vielmehr wird in der Plattform der KPO, beschlossen auf deren 3. Reichkonferenz im Dezember 1930, zur “Zermürbung der bürgerlichen Macht im Staat und in der Wirtschaft” aufgefordert und als Ziel “die tatsächliche Eroberung der Macht” ausgegeben, um die proletarische Diktatur zu errichten. “Die Diktatur des Proletariats” sei “dann voll ausgebildet, wenn alle Reste bürgerlich-parlamentarischer Einrichtungen vollständig vernichtet sind, wenn die Kommunistische Partei sich das politische Monopol erkämpft hat”.<sup>25</sup>

Die von Keßler erwähnte “Linke Opposition” bestand aus Anhängern Trotzki und hatte nicht mehr als 1 000 Mitglieder. Ihr Agitationsblatt *Permanente Revolution* erschien in einer Auflage von 5 000. Eine höhere Auflage erreichte die “Linke Opposition” 1931 mit einer Broschüre, die Leo Trotzki eigens für seine deutschen Genossen verfaßt hatte. Auch darin wird zwar die “Einheitsfront der Arbeiterparteien gegen den Faschismus” propagiert, nicht aber die Verteidigung der Republik. “Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler samt Braun als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems”, schrieb Trotzki. “Die Frage, wer von ihnen das ‚kleinere Übel‘ ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt all diese Elemente. Aber diese Elemente befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts, und die Partei des Proletariats muß diesen Konflikt im Interesse der Revolution ausnützen.”<sup>26</sup> Soweit zu Keßlers “saloppem Umgang mit Fakten”. Vielleicht entdeckt die Historische Kommission der Linkspartei noch eine kleine Gruppe deutscher Trotzki-Kommunisten, die sich von der “Linken Opposition” zur Verteidigung der Republik abgespalten hat. Man darf auf diesen seltenen Fund gespannt sein. Die tausend tapferen Mehrheits-Trotzkisten jedenfalls hielten noch 1931 eisern an der proletarischen Revolution fest. Trotzki führt in seinem Text von 1931 den von ihm und Lenin 1917 herbeigeführten Sturz der bürgerlichen Regierung sogar beispielhaft als historisches Vorbild für die deutsche Arbeiterbewegung an.

Es bleibt festzuhalten, daß Keßler, ebenso wie andere unserer H-Soz-u-Kult-Kritiker, mit Behauptungen um sich wirft, die einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten. Die “inhaltliche Qualität”, mit der H-Soz-u-Kult angeblich zur “Weltgeltung der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft” beiträgt, entspricht wohl eher

24 Vgl. Gegen den Strom, 24-1930, 14. Juni 1930, S. 10 f. bzw. [http://entdinglichung.files.wordpress.com/2008/11/leninbund\\_1930.pdf](http://entdinglichung.files.wordpress.com/2008/11/leninbund_1930.pdf).

25 Vgl. <http://www.marxismus-online.eu/archiv/klassiker/schriftenzumprogramm/uprog5.html>.

26 Vgl. Trotzki, Leo: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Brief an einen deutschen Arbeiter-Kommunisten, Mitglied der KPD. 8. Dezember 1931. Nachzulesen unter: <http://www.mlwerke.de/tr/1931/311208a.htm>.

dem „Weltniveau“ das sich die Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität auch zu früheren Zeiten selbst zugeschrieben hat. Damals wurden nicht ins eigene Weltbild passende Forschungsergebnisse auch leichthin mit den linken Hand und passenden Falschbehauptungen abgekanzelt. Nur Widerspruch dagegen war im Unterschied zu heute kaum möglich. Es lohnt sich zwar, das einmal nachzuweisen – ändern kann man es aber nicht. Denn die SED-Diktaturstiftung pumpt unverdrossen Geld in die Kanäle der mit ihr befreundeten Institutionen, egal wie voll die auch immer den Hals schon haben. Wohl bekomm' s!

